

3401/AB XX.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3436/3-NR/97 betreffend Führung der Bundesmuseen, die die Abgeordneten DDr Erwin Niederwieser und GenossInnen am 12. Dezember 1997 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

1. Existieren in Ihrem Ressort Pläne für eine Privatisierung der Bundesmuseen?

Antwort:

Es wird an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, der die rechtliche Voraussetzung für eine weitestgehende Deregulierung und Autonomisierung für die Bundesmuseen auf der Basis einer Anstalt mit voller Rechtspersönlichkeit schaffen soll.

2. Wenn ja, welche Museen sind davon betroffen?

Antwort:

Die neue Organisationsform soll für alle Bundesmuseen des Ressortbereiches gelten.

3. Welche dienstrechtlichen Folgen hätte eine Privatisierung der Bundesmuseen für das dort beschäftigte Personal?

4. Wäre eine etwaige Ausgliederung mit einem Personalabbau verbunden?

Antwort:

Das Anstaltsmodell stellt den schonendsten und somit sozial verträglichsten Eingriff in die bestehenden Strukturen dar und ermöglicht die Beibehaltung der zum Zeitpunkt der Vollrechtseinräumung bestehenden Dienstverhältnisse. Lediglich Übernahmen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis sind nicht mehr vorgesehen und freiwerdende Planstellen können nur noch durch die Anstalt als privatrechtlicher Dienstgeber nachbesetzt werden. Der Bund stellt dabei die eingesparten Personalaufwendungen im Aufwandsdeckungsbeitrag zur Verfügung.

Dadurch soll ein mittelfristiger Übergang vom Bundespersonal zu privat angestelltem Personal sichergestellt werden, ohne kostspielige Parallelstrukturen in Form von Ämtern zur Verwaltung der Beamten oder soziale Spannungsfelder durch Dienstgeberwechsel bei den Vertragsbediensteten zu schaffen.

5. Welche Auswirkungen hätte eine Privatisierung der Bundesmuseen für die von diesen ausgeübte Forschungsfunktion?

Antwort:

Da die gesetzliche Zweckbestimmung der Bundesmuseen gleich bleibt bzw. im Einzelfall durch eine Satzung näher geregelt wird und der Bund zur Erfüllung einen Aufwandsdeckungsbeitrag zu leisten hat, sind keine verschlechternden Auswirkungen zu erwarten.

6. Gab es über die künftigen Pläne zur Führung der Bundesmuseen in den letzten 6 Monaten Gespräche mit der Personalvertretung?

Antwort

Die Organe der Personalvertretung werden mit Vorliegen konkreter Arbeitsunterlagen in die Verhandlungen einbezogen werden.